

Michal Kiesznia
Gen. Director f. Environm. Protection
uL. Wawelska 52/54
00 – 922 Warszawa
POLEN

Einspruch gegen geplante AKW

20. Dezember 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
die polnische Regierung plant den Einsatz von Atomkraftwerken zur Energieversorgung und damit eine Weichenstellung für etwa 5 Jahrzehnte. Wir möchten unseren Widerspruch hier mit zwei unserer Hauptargumente begründen:

1. Weltweite Krisen

Wir leben derzeit in Europa in einer Epoche relativ hoher wirtschaftlicher und politischer Stabilität. Angesichts der globalen Entwicklung ist aber nicht davon auszugehen, dass das so bleibt. Noch nie gab es eine Zeit, in der auf Grund weltweit verfügbarer Daten und moderner Hochrechnungsmethoden so sichere Prognosen möglich waren, sowohl für die zukünftige Entwicklung einzelne Nationen als auch global. Diese **Prognosen** betreffen das Klima, die Landwirtschaft, die Süßwasservorräte, die Fischbestände der Meere, die Bodenschätze und allgemein die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Wachstums. In all diesen Bereichen deuten sich Krisen an. Krisen und Katastrophen (Dürren, Missernten, Brände, Stürme, Seuchen, soziale Unruhen) beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Menschen. Das bewirkt bei einer Hochtechnologie wie dem Betrieb eines AKWs eine **unkalkulierbare Steigerung des Risikos durch menschliches Versagen**. Fukushima hat es gezeigt: die Atomkraft ist im Falle eines Unfalls nicht beherrschbar. Neben Polen wären Deutschland und die anderen Nachbarländer davon in hohem Maße mit betroffen. Davor haben wir Angst.

Die Alternative:

Eine dezentrale Energieversorgung mit erneuerbarer Energie wäre dagegen frei von weiträumigen Risiken. Sie ist nach den Ergebnissen mehrerer von der deutschen Regierung in Auftrag gegebener Studien und nach den Worten von EU-Kommissar Günther Oettinger „technisch und wirtschaftlich machbar“.

2. Finanzierungsprobleme

Die derzeitige Finanzkrise hat bereits jetzt gravierende Auswirkungen auf die Erfüllung staatlich hoheitlicher Aufgaben im sozialen, kulturellen und Umweltbereich. Die Finanznot der Regierungen zeigt, dass wir uns dem Ende des wirtschaftlichen Wachstums nähern und die jetzige Krise nicht die Letzte sein wird. Die polnische Regierung geht mit ihren Atomplänen ein hohes **finanzielles Risiko** ein. Nach den Erfahrungen zahlreicher Länder sind allein für den Bau der AKWs stets erhebliche Mehrkosten zu

erwarten. Diese müssen auf Grund Ihres Regierungsbeschlusses vom polnischen Staat getragen werden. Dazu kommen schwer kalkulierbare Kosten für Neubau und Erneuerung der Stromnetze, der Infrastruktur und vollkommen unvorhersehbare Kosten der Entsorgung. Hierfür gibt es weltweit keine Lösung. Die insgesamt zu erwartenden Kosten werden dem Land die Hände fesseln. Polen unterwirft sich mit seiner Entscheidung für AKWs dem **Würgegriff des internationalen Finanzsystems** und leistet damit der **sozialen Destabilisierung**, der Korruption und terroristischen Aktivitäten Vorschub.

Internationaler Konsens besteht darin, zur Begrenzung der Erderwärmung den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren. Alle Erfahrungen zeigen jedoch: Atomkraft ist die teuerste aller Möglichkeiten, um dieses Ziel zu erreichen. Diese und viele andere Informationen, die einer Entscheidung für die Atomkraft entgegenstehen, werden der Bevölkerung und den Volksvertretern kaum vermittelt. Vielmehr bestimmen die beauftragten und daran verdienenden international agierenden Betreiber das Meinungsbild.

Die Alternative:

Der Aufbau einer eigenen Industrie für Erneuerbare Energie würde dem Land Verdienstmöglichkeiten, internationales Ansehen und Arbeitsplätze im eigenen Land verschaffen.

Wir legen daher Widerspruch gegen die AKW- Pläne ein; sie stellen eine Gefahr nicht-reparabler Schäden für Deutschland und indirekt für die gesamte Europäische Gemeinschaft dar. Wir fordern die polnische Regierung auf, den wachsenden Widerstand gegen Atomkraft der Bevölkerung im eigenen Land und in vielen europäischen Ländern als Zeichen der Zeit zu erkennen und in Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn ein gemeinsames, zukunftsfähiges Energieversorgungssystem aufzubauen.

Mit freundlichen Grüßen,

(Dr. Anita Schwaier, Vorstandsvorsitzende)

Gleichlautend mit 28 Unterschriften an

Mrs Hannah Trojanowska
Governments Plenipotentiary for polish
Nuclear Power Engineering Issues
Undersec. of State, Ministry of Economy
Plac Trzech Krzyzy 3/5
00-507 Warszawa